

Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik [U 128]

Die Regionalpolitik der Europäischen Union

Eine kritische Auseinandersetzung mit ihrer allokativen politischen Ausgestaltung und ihrer distributionspolitischen Zielsetzung

Von *Christian P. Schindler*

Im Zuge der EU-Osterweiterung im Mai 2004 um die acht mittel- und osteuropäischen Staaten Ungarn, Tschechien, Slowenien, Polen, Estland, Lettland, Litauen und die Slowakei sowie um die Inselstaaten Malta und Zypern rückt die Regionalpolitik der Europäischen Union verstärkt ins Zentrum der wirtschaftspolitischen Diskussion. Vor allem die erheblichen Wohlstandsdisparitäten zwischen den alten und neuen Mitgliedsstaaten werfen die grundsätzliche Frage auf, ob und inwiefern die Union zu einer Verringerung regionaler Disparitäten beitragen kann. Von politischer Seite wird als Begründung stets angeführt, dass die gemeinschaftliche Regionalpolitik sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung – Erschließung von Wachstumspotentialen in rückständigen Regionen – als auch für den sozialen Zusammenhalt (Kohäsion) der Union unabdingbar ist. Es wird unterstellt, dass eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung alleine nicht zu den gewünschten wachstums- und sozialpolitischen Zielen führt.

Ausgehend von dieser Annahme untersucht die vorliegende Arbeit in einem ersten Schritt, ob sich regionale Disparitäten überhaupt sinnvoll messen und vergleichen lassen und ob ein belastbarer wissenschaftlicher Zusammenhang zwischen regionalpolitischen Maßnahmen und ihren Auswirkungen herstellen lässt. Im Ergebnis zeigt sich, dass regionale Wohlstandsvergleiche und regionalpolitische Wirkungsanalysen auf tönernen Füßen stehen. Vielmehr wird die These vertreten, dass der Abbau regionaler Disparitäten in der Union der Errichtung ordnungspolitischer Rahmenbedingungen, wie der Errichtung eines Gemeinsamen Binnenmarktes und der Gewährung der vier Grundfreiheiten, geschuldet ist und nicht den diskretionären regionalpolitischen Eingriffen der Union.

In einem zweiten Schritt wird der Frage nachgegangen, ob aus sozialpolitischer Sicht die verfolgte interregionale Umverteilung durch die Union geboten ist. Dabei wird zunächst aufgezeigt, dass sich nicht interregionale, wohl aber interpersonelle Umverteilungsmaßnahmen allokativ begründen lassen. Des Weiteren wird verdeutlicht, dass eine soziale Mindestsicherung effizient auf dezentraler Ebene bereitgestellt werden kann, mithin einem „Sozialtourismus“ und somit der Gefahr eines sogenannten „race to the bottom“ gegebenenfalls wirksam mit einer vertragstheoretisch begründeten Wanderungsordnung begegnet werden kann. Abschließend wird ein Alternativvorschlag unterbreitet, der anstelle der praktizierten gemeinschaftlichen Regionalpolitik auf den Wettbewerb der Regionen sowie auf eine dezentrale Standortpolitik setzt, um dem Ziel des Abbaus regionaler

Christian P. Schindler: Die Regionalpolitik der Europäischen Union

Köln 2005. 338 Seiten

ISBN 3-933812-16-X € 39,-